

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 16 Mal. — Preis: Bei der Post gehört
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
2.82 Mk.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Hg., Reklame-
zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 220.

Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 20. September 1919.

Jahrgang 1.

Ich achte Energie die Haupttugend des Menschen.
Humboldt.

Deutschlands Boden als Deutschlands Rettung.

Von Dr. Otto Dietel, Augsburg.

Deutschlands Zukunft liegt auf dem Lande. Auf deutschem Grund und Boden. Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn: Das deutsche Volk muß sich bewußt werden, daß seine Industrie ihm keine Rettung bringen kann, weil der Mangel an Rohstoffen, an Kohlen, an Verkehrsmitteln und an Absatzgebieten ihre Weltstellung gebrochen hat. In der Rückkehr zur Landwirtschaft liegt sein Heil und seine künftige Größe; in der Pflege und Nutzung des heimatischen Bodens. Denn die da reden von Millionenwanderung, sind falsche Propheten. Die Entente wird sie zu verhindern wissen. Ihr blinder Fanatismus wird aber, wie in diesem anderen, uns zum Segen gereichen, denn Deutschland ist groß genug, um eine Innenkolonisation in riesenhaftem Ausmaße durchzuführen, dadurch Millionen freier selbständiger Existenzen zu schaffen und zugleich die „industrielle Reservearmee“ zu beseitigen, die die Ursache der „kapitalistischen Akkumulation“ ist.

Unter den radikalen Ideologen lassen sich leicht zwei Hauptrichtungen unterscheiden: Die einen schreien: Beseitigung der Zinsrentier, Nichtigerklärung der Kriegsanleihe, Staatsbankrott als Rettung, die andern Verstaatlichung und Aufteilung des Grund und Bodens. Beide schließen weit über das Ziel hinaus. Aber beide hängen innig zusammen, denn wenn das Besitzmonopol des Bodens fällt, so folgt ihm in zwangsläufiger Entwicklung das Kapitalmonopol nach. Es gilt also das erstere zu beseitigen. Das ist möglich, denn das Bodenmonopol ist kein natürliches, sondern ein rechtlich begründetes. Das zu beweisen, würde hier zu weit führen. Uns gilt es, zunächst zu zeigen, für wieviele selbständige Familien Kulturland beschafft werden kann. Wir gehen dabei aus von der Erwägung, daß ein Gemisch von Klein-, Mittel- und Großbauernbesitz aus Gründen des Fortschreitens der Bodenkultur am gesündesten und volkswirtschaftlich am erstrebenswertesten ist. Ferner von der Tatsache, daß der Großgrundbesitz verhältnismäßig sehr unproduktiv ist, wie folgende Tabelle lehrt:

Es entfielen im Jahre 1907 auf je 100 Hektar Anbaufläche:

	Parzellenbetrieb unter 0,5 ha	unter 0,5-2 ha	Bauernbesitz Klein 2-5 ha	Mittel 5-20 ha	Groß 20-100 ha	Großgrund- besitz über 100 ha
Pferde	2	5	9	15	13	9
Rindvieh	66	81	90	89	53	33
Schweine	662	214	115	70	40	19
Hühner	2613	811	397	223	119	35

Diese einfache Tabelle zeigt, wie wünschenswert es ist, schon eine starke Beschränkung des Großbesitzes ist, um wieviel mehr in der Not der Gegenwart. Wenn es ohne neue wirtschaftliche Erschütterungen gelingt, den Großgrundbesitz auf ca. 300 Tagewert pro Gut, den Großbauernbesitz (150 bis 300 Tagewert) um ein Fünftel, den Mittelbauernbesitz (60 bis 150 Tagewert) um ein Zehntel zu verkleinern, so wäre das ein äußerst erstrebenswertes Ziel. Für Deutschland würde sich dann, wenn wir unserer Berechnung die Angaben der Berufs- und Gewerbebeziehung vom Jahre 1907 zugrunde legen, folgende Zahlen ergeben:

Zahl der Betriebe	Anbaufläche	Durch Reduzierung gewonnene Anbaufläche
60-150 Tagew. 219 243	6 821 299 ha	682 129 ha
150-300 " 35 418	2 500 804 "	500 160 "
über 300 " 23 110	7 055 018 "	4 744 018 "
		5 926 307 ha

Auf dieser Bodenfläche können aber rund eine Million selbständiger, mittelständischer Familien, die Familie zu 6 Köpfen gerechnet, wohnen. Die Zahl der ihnen nachfolgenden Handwerker und Gewerbetreibenden berechnet sich auf ungefähr 400 000 Familien. Nehmen wir dazu noch diejenigen, die durch Melioration des kulturfähigen Landes sofort Arbeit bekommen könnten mit 100 000 Familien an, so ergibt sich, daß insgesamt 1 1/2 Millionen Familien, das sind 8 bis 9 Millionen Deutsche, eine durchaus mittelständische Existenz finden können, also aus dem Proletariat herausgehoben werden, und obendrein die Produktion gewaltig gehoben wird.

Es ist klar, daß eine derartige Umstellung nicht von heute auf morgen geht. Zwei Haupthindernisse stemmen sich dem entgegen: Der Mangel an geeigneten Landwohnungen und die vorgeschrittene Entwertung der Industriearbeiter von landwirtschaftlicher Tätigkeit. Beide lassen sich beheben. Doch muß an dieser Stelle darauf verzichtet werden, die Wege zu zeigen und die Art der Umwandlung auseinanderzusetzen. Uns interessiert nur die Frage, ist es möglich, den Bodenbesitz zu reduzieren? Die Antwort lautet ja. Die heutigen Verhältnisse drängen geradezu darauf hin.

Das Mittel ist: in den Papierkorb mit der Erzberger'schen Finanzplanlosigkeit und an ihre Stelle eine unverzinsliche, innerhalb 40 Jahren durch jährlich steigende Raten amortisierbare Zwangsanleihe, proportional dem Vermögen, die mit Kriegsanleihebescheinigungen zu bezahlen ist und die Höhe der schwebenden Schuld erreicht. Durchführbar ist ein solches Gesetz, denn auf die 76 Milliarden schwebende Schuld treffen 90 Milliarden Kriegsanleihe. Einiges seiner Vorzüge mögen hervorgehoben werden: An Stelle der jede Initiative lähmenden und obendrein zu keinem Erfolge führenden Vermögensabgabe müßten die Besitzenden nur die Abkündigung eines Teiles ihres Vermögens auf beschränkte Zeit dem Staate überlassen. Das Papier könnte gehandelt und begeben werden. Sein Kurs, der sich zu Anfang auf zirka 88 Prozent unter Zugrundelegung eines Zinsfußes von 5 Prozent berechnen dürfte, würde mit zunehmender Amortisation und infolge des Wegfalles der für 76 Milliarden Kriegsanleihe aufzubringenden Zinsen rasch steigen. Unsere Valuta würde rapid in die Höhe gehen. Die Schuld an Kriegsanleihe wäre zum größten Teile beseitigt, und was das wichtigste ist, dem Gegner wäre ein Zugriff unmöglich gemacht. Denn unsere Kriegsanleihe zu beschlagnahmen, wäre für die Entente ein recht zweifelhaftes Geschäft.

Doch das alles soll nur gestreift werden. Was uns hier am meisten interessiert, ist die voraussichtliche Rückwirkung auf die bestehenden Kreise. Der kleine und mittlere Besitz wird nur infolgedessen direkt berührt, als er auf längere oder kürzere Zeit die Zinsen des auf ihn fallenden Betrages verliert. Dieses Los teilt er mit dem Großbesitz. Aber hier tritt uns der Unterschied zwischen Industrie und Grundbesitz entgegen. Die Industrie und die Großbanken sind die hauptsächlichsten Inhaber der Kriegsanleihe. Die Industrie hat Kredit und Sicherheiten genügend, um den ihr an Kriegsanleihe fehlenden Betrag von den Banken zu erhalten. Sie kann also die Forderung erfüllen. Anders der Grundbesitz. Er ist mit Hypotheken so belastet, daß er im wesentlichen keine neuen Kapitalien aufnehmen kann. Er hat zwar auch einen Teil Kriegsanleihe im Besitz, dieser reicht aber nicht aus, um den vollen Betrag des entfallenden Anteils an Zwangsanleihe zu decken. Wer viel Kriegsanleihe gezeichnet hat, hat jetzt den Vorteil gegenüber seine Pflicht erfüllt, hat jetzt den Vorteil vor dem anderen, denn der fehlende Restbetrag kann nur durch Verkauf des Ackerbodens aufgebracht werden. Das inländische Großkapital kommt als Käufer kaum in Betracht. Es ist anderweitig zu stark engagiert, und was wichtiger ist, das Interesse am Bodenbesitz ist ihm genommen, nachdem durch § 155 der Verfassung die Bodenspekulation unterbunden ist. Aus letzterem Grunde kommt ausländisches Geld noch weniger in Betracht. Somit verbleibt als Käufer der Staat, der den Grund und Boden seinerseits so rasch als möglich in Form von Klein- und Mittelbauerngütern weiterverkauft. Den in Betracht kommenden Käufern, deren Hauptkontingent zunächst die jetzigen unselbständigen Existenzen der landwirtschaftlichen Arbeiter und Häusler bilden wird, wäre durch Schaffung

einer Rentenbank usw. zur Seite zu springen. Eine Brachlegung weiter Ackerbauflächen wäre leicht zu vermeiden, weil der nicht sofort zum Zwecke der Kolonisation benötigte Boden den bisherigen Besitzern pachtweise überlassen werden kann.

Die Umwandlung führt naturgemäß nach Osten. Mehr als guter Rat und Belehrung wird hier die Not ausgerichtet. Denn darüber, daß die Entwicklung in der rückläufigen Bahn vom Industrie- zum Agrarstaat schreiten wird, kann kein Zweifel bestehen. Entscheidend für das deutsche Volk als Staat und Nation ist nur, daß der rechte Weg und das rechte Mittel erkannt und angewandt werden. Noch ist es Zeit. Noch liegen die Dinge gut für uns. Ja, günstiger als je. Mögen unsere Volksvertreter den hier kurz skizzierten Gedanken aufgreifen und danach handeln. Das ist um so nötiger als neuerdings von Zentrumsseite, wie erst kürzlich wieder in der „Augsburger Postzeitung“ der Staatsbankrott als Retter hingestellt wird. Wir beschränken uns, darauf hinzuweisen, daß Annullierung der Kriegsanleihe Hunderttausende von kleinen Leuten, die an der Front ihr Leben eingesetzt haben und gleichzeitig ihre letzten Spargroschen dem Vaterlande zur Verfügung stellten, als Dank ihre wirtschaftliche Vernichtung ernten würden. Die Zwangsanleihe aber vereinigt in sich gerechte Entlastung der Vaterlandstreuen, Beseitigung des größten Teiles der Kriegsanleihe und ihrer Zinslast, Schaffung mittelständischer Existenzen. „Deutsche Warte“.

Der zunehmende Fleisch- und Fettmangel.

Über das „Verschwinden des Fleisches vom Markt“ wird dem „Berliner Tageblatt“ von unterrichteter Seite mitgeteilt:

Die Tatsache, daß das Fleisch von dem Lebensmittelmarkt nahezu verschwunden ist, ist auf zwei Ursachen zurückzuführen: Durch die Freigabe des Leders ist der Preis der Rinderhäute, für die während der Zwangswirtschaft etwa 100 Mark pro Stück gezahlt wurde, auf 600 bis 800 Mark gestiegen. Für eine schlachtreife Kuh wird aber von der Behörde nur ein Preis von 1000 bis 1200 Mark gezahlt. Der Züchter ist aber naturgemäß versucht, den großen Vorteil, der sich ihm durch die Selbstverwertung bietet, auszunutzen, fast ausschließlich für den Schleichhandel zu liefern und die Häute freihändig zu verkaufen. Sodann ist besonders der Kleinzüchter bestrebt, den durch die Kriegswirtschaft dezimierten Viehbestand allmählich wieder auf die Höhe zu bringen. In normalen Zeiten — was am wesentlichsten ist — bei normalen Fütterungsverhältnissen wäre es möglich, den Bestand an Schweinen innerhalb zweier Jahre auf den Vorkriegsstand zu bringen. Die Rinderaufzucht dagegen dauert mindestens fünf bis sechs Jahre. Es ist augenblicklich eine große Menge Jungvieh vorhanden; aber abgesehen von der Zeit, die bis zur Schlachtreife vergeht, ist eine Hauptbedingung guter Fleischzucht, eine reichliche und gut ansehnende Fütterung, nicht erfüllt. So wirkt zum Beispiel der große Mangel an Mais in stärkstem Maße auf den Milchertag. Man rechnet bei guter Fütterung auf ein Kilogramm Mais einen Ertrag von einem Liter Milch. Ein wichtiger und nahrhafter Bestandteil des Futters waren ferner die Restbestände aus den Brennereien und Zuckerfabriken. Durch den geringeren Rübenanbau, der sich in der Zukerknappheit deutlich bemerkbar macht, hat sich die Menge der Rückstände stark verringert, und für den folgenden Winter ist infolge der Kohlennot eine noch erheblich weitergehende Einschränkung zu erwarten. Eine von Deutschland beantragte Einfuhrerlaubnis für Viehfutter lehnte der amerikanische Lebensmittelkommissar Hoover mit der Begründung ab, daß er alle verfügbare Tonnage für Lebensmitteltransporte brauche. Dabei herrscht in Argentinien ein so großer Überfluß an Mais, daß er in Lokomotiven verheizt wird. Trotzdem ist eine Verringerung der bisherigen Fleischrationierung nicht zu erwarten.

Da künftig das Brotmehl nicht mehr wie bisher auf 95 Prozent, sondern nur auf 80 bis 82 Prozent ausgemahlen wird, werden große Bestände an Kleie frei, die eine wertvolle Ergänzung des Viehfutters bilden. Die Inlandsernte ist dieses Jahr außerordentlich gut ausgefallen,

so daß man mit den Inlandsbeständen auszureichen hofft. Eine Grundbedingung dafür ist allerdings, daß die Landwirte gut abliefern. Die Einfuhr käme dann nur als Zuschuß und Reserve in Betracht.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß mit einer schnell zunehmenden Verringerung der Fleischversorgung nicht gerechnet werden darf. Es wird aber voraussichtlich möglich sein, die Rationen auf der bisherigen Höhe zu halten und der ausreichenden Zufuhr auch wie in den letzten Wochen besondere Zuwendungen an die Bevölkerung zu machen.

Wesentlich trüber sind

Die Aussichten der Fettversorgung.

Der Rückgang der Milchproduktion, der Mangel an Kraftfutter und die überhandnehmende Abschachtung machten es bei gleichzeitigem Nachlassen der behördlichen Autorität und dem wachsenden Widerstand gegen die Zwangsablieferungen unmöglich, eine völlig ausreichende Versorgung mit Fett sicherzustellen. Die Schwierigkeit der Milchversorgung ist einleuchtend, wenn man bedenkt, daß andere Nahrungsmittel, wie Getreide oder Kartoffeln, einmal im Jahre geerntet werden, Milch dagegen zwei- bis dreimal täglich gewonnen wird. Bei der Festsetzung des Milchpreises gingen die Behörden von der Ansicht aus, daß es besser sei, teure Milch zu erhalten, als bei niedrigem festgesetztem Höchstpreis gar keine. Der Milchpreis wurde so festgesetzt, daß er keinen Verdienst, aber auch keinen Verlust für den Kuhhalter darstellte. Diese ganze Politik wurde jedoch unmöglich gemacht durch die Tatsache der außerordentlich großen Differenz zwischen Schlachttier- und Nutztierpreisen, die besonders während des Krieges oft dazu führte, daß der einmalige große Gewinn der Schlachtung der nicht sehr rentablen Milchwirtschaft vorgezogen wurde. Der Schleichhandel, die Erhöhung der Landarbeiterlöhne und die Einführung von Tarifverträgen in den Molkereien führten weiter zu einem Raubbau in der Milchwirtschaft und der Buttererzeugung. Der Butter- und Schmalzeinkauf im Ausland ist einmal wegen der fehlenden Devisen und zum anderen wegen der hohen Auslandspreise sehr beschränkt. Eine Verringerung der einheimischen Fettversorgung kann also erst nach erfolgter Auffüllung der Viehbestände eintreten, das heißt frühestens in etwa fünf Jahren.

In der

Margarinerstellung.

die wegen des Mangels und der schwierigen Gewinnung von Knochenfett sehr beschränkt werden mußte, dürfte während der nächsten Monate ein Rückgang eintreten. Dem Wunsch der Bevölkerung nach Streichfett wurde während des Krieges in der Weise vorgekommen, daß eine Vermischung der Margarine mit ausgelassenem Speck unter Zusatz von Zwiebeln und Majoran vorgenommen wurde. Etwa 70 Prozent der Fabriken, die das Rohöl für die Margarineherstellung vorbereiteten, befinden sich im linksrheinischen Gebiet, also in der besetzten Zone. Der Kohlenbedarf für alle Fabriken beträgt monatlich etwa 35 000 Tonnen. Da Margarine nicht lange haltbar ist, kann nicht auf Lager gearbeitet werden, sondern es muß gleichsam von der Hand in den Mund disponiert werden. Bei den Schwierigkeiten im Transportwesen, wie sie jetzt bestehen, oder bei Störungen der Kohlenlieferung sind große Bestände dem Verderben ausgeliefert. Die Margarinepreise, die während des Krieges ab Fabrikt etwa auf zwei Mark gehalten werden konnten, sind nach Aufhebung der Blockade infolge der Valutadifferenz vom 1. August 1919 auf drei Mark gestiegen.

In welcher Weise sich in absehbarer Zeit die Fettversorgung in normaler Weise regeln lassen wird, ist vorläufig nicht zu übersehen. Die Grundlage für einen Aufbau der Belieferung kann nur durch Arbeitswerte geschaffen werden, die im Auslande unseren gesunkenen Kredit heben. Besonders ist die Kohlenproduktion ein sehr wichtiger, wenn nicht der entscheidende Faktor für die zukünftige Sicherstellung unserer Fettversorgung.

Die Teuerungskatastrophe naht!

Unsere Valuta sinkt dauernd weiter.

Die Reichsregierung hat seinerzeit ungeheure Summen bereit gestellt für die Verbilligung der Lebenshaltung unserer Bevölkerung. Man hat mit diesem Gewaltmittel zweifellos einige Tage hindurch kleine Wirkungen erzielt. Das Ergebnis wäre befriedigend gewesen, wenn wir nicht infolge des Schieberturns im deutschen Reich der Willkür in der Einfuhr gänzlich preisgegeben wären und infolgedessen den Valutasturz nicht zu hemmen vermöchten.

Infolge der grenzenlosen Leichtfertigkeit, mit der bei uns Papiergeld fabriziert wird, sieht bei uns das Geld furchtbar locker. Von strenger Selbstkür, wie sie einem Volke in unserer Notlage geziemt, ist nichts zu spüren. Man kann ruhig sagen, daß heute fast alle Stände besser leben als vor dem Kriege. Das ist ein günstiger Boden für die Einfuhr von Luxusgegenständen aller Art. Einestheils aus Dummheit, andernteils auch aus Gewissenlosigkeit kann sich ein erheblicher Teil der Staatsbürger des Genusses ausländischer Produkte nicht entschlagen. Tabakfabrikate, Kaffee, Kaffee, dann Seidenstoffe, und unendlich vieles andere kommt ständig infolge dieser Genusssucht ins Land, muß bezahlt werden, und da auf diesem Wege ungeheuer viel deutsches Geld ins Ausland kommt — Ware als Gegenleistung gegen die Einfuhr haben wir ja wegen der Kohlen- und Verkehrsalamität nur in einem nicht einmal für die Rohstoffe reichende Maße zur Verfügung —, so verliert das deutsche Geld im Auslande rapid seinen Wert weiter.

Warum verbieten wir diese Einfuhr nicht? Die Einfuhr ist bei uns im Großen geregelt, auf dem normalen Einfuhrwege kommt nichts ins Land, wozu nicht die zuständigen Instanzen ihre Zustimmung gegeben haben. Aber! ... Unsere Grenze hat ein großes Loch. Zwischen den besetzten und unbesetzten Gebieten gibt es keine Zollgrenze, und so können die Engländer und Franzosen mit Hilfe eines ganz großzügig arbeitenden gewissenlosen Schieberturns nach Deutschland hineinschleppen, was bei der leichtfertigen Denkart nur irgendwie unterzubringen ist. Besonders toll ist die Sache in Düsseldorf, wo eine ganze Horde dieser Verbrecher ihr schamloses Handwerk treibt, wo in einzelnen Hotels für Millionen Schieberware in den Zimmern aufbewahrt sein soll. Man schätzt das, was auf diesem Wege an deutschen Geld-Zeichen ins Ausland kommt, auf mehrere Milliarden.

Die Regierung hat den beschwerdeführenden Vertretungen der deutschen Hafenstädte erklärt, demgegenüber nichts ausrichten zu können, weil die Entente sich mit einer klaren Zoll-Abgrenzung nicht einverstanden erklären würde. Es gibt aber offenbar doch Mittel von größerer Wirksamkeit, und es fragt sich nur, ob die Regierung die Courage hat, diesen Herren das Geschäft zu verberben. Warum läßt sie nicht kurzerhand dieses gesamte Schiebergefeindel in Schutzhaft stecken? Selbst auf die Gefahr hin, daß dabei der eine oder andere unschuldig leiden muß. Die Burschen und ihre Weiber, die man da in Düsseldorf im und am Bahnhof und in den Läden umherstreifen sieht, sind sich des

verderblichen Charakters ihres Tuns voll und bewusst. Selbst bei aller Freiheit kann man sie durch einen prüfenden Blick schon in die Flucht schlagen.

Ob unsere heutige Regierung die Kraft haben wird, gerade diesen Leuten gegenüber durchzugreifen, das ist allerdings eine andere Frage. Es kann ja wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sie bei einem kräftigen Durchgreifen auf manche Schieber stoßen wird, die ihr sonst nicht gerade unsympathisch sind.

Mit der Meinung Erzbergers, daß die amerikanische Hilfe Verringerung schaffen könne, kann man sich nicht zufrieden geben. Wenn dieses Schiebergeschäft in die Milliarden geht, dann wird dadurch auch die stärkste Hilfe wirkungslos gemacht werden müssen.

Oberschlesien eine selbständige Provinz.

Schon am 1. Oktober.

Die Regierung will schon am 1. Oktober die Erklärung der Autonomie für Oberschlesien in Kraft setzen.

Die Beschleunigung dieser Maßnahme beweist, wie ernst die Regierung es mit ihren Versprechungen an die Oberschlesier meint. Die neue Provinz soll weitgehend Selbständigkeit erhalten. Ein Landesrat soll gebildet werden aus den gewählten Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung sowie aus Erwählten der polnischen Organisationen. Letzteres geschieht, weil die Polen bei den Wahlen zu den Parlamenten sich der Abstimmung enthalten hatten.

Wollte man den Landesrat erst aus Neuwahlen hervorgehen lassen, so würde das seine Tätigkeit auf Wochen hinaus verzögern, während es doch sehr erwünscht wäre, wenn recht bald von ihm eine das ganze Gebiet beruhigende Wirksamkeit ausginge. Aus dem Landesrat heraus soll die neue Provinz durch drei Personen bestehen: einem Mehrheitssozialisten, einem Zentrumsmann und einem Polen.

Weitgehend sollen die Selbstverwaltungsrechte der neuen Provinz sein, so weitgehend, daß dadurch der in Oberschlesien kreisenden lauter werdende Wunsch nach einem selbständigen, von Preußen unabhängigen Staate Oberschlesien hinlänglich wird. Eine uneingeschränkte Selbständigkeit besitzt heute kein Bundesstaat des deutschen Reiches mehr. Gerade in Finanzfragen, worauf es den Oberschlesiern wohl, nach ihrem Zwecke zu urteilen, am meisten ankommt, sind alle Einzelstaaten jetzt in weitem Umfange vom Reiche abhängig. Es wird hoffentlich nicht schwer sein, die Oberschlesier mit dem preussischen Plan für ihre Selbständigkeit zu befriedigen. Die Zeiten des Nationalismus sind endgültig vorüber, so daß die Polen nach dieser Richtung hin von Preußen nichts mehr zu befürchten haben. Auch in kultureller Hinsicht brauchen sie keine Sorgen zu haben, denn in der preussischen Regierung hat ja das Zentrum einen maßgebenden Einfluß. Das es den deutschen Katholiken in Preußen recht unerwünscht sein müßte, wenn die polnischen Katholiken Oberschlesiens sich dauernd von ihnen trennten, liegt auf der Hand, denn damit sankte die Zahl der Katholiken in Preußen und damit der Einfluß des Zentrums erheblich.

Aus der ober-schlesischen Presse klangen in den letzten Tagen recht unfreundliche Stimmen. Man ist zum großen Teil durch das scharfe Auftreten der zur Unterdrückung der Putzke entsandten Truppen verstimmt und berücksichtigt nicht die Notlage, in der sich die Regierung befindet. Wenn die Oberschlesier sich ihre Lage klar überlegen, müssen sie erkennen, daß sie als selbständiger Staat oder beim Anschluß

Die Verfassung des Deutschen Reichs.

Vom 11. August 1919.

(Schluß.)

Artikel 170.

Die Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs gehen spätestens am 1. April 1921 auf das Reich über.

Soweit bis zum 1. Oktober 1920 noch keine Verständigung über die Bedingungen der Übernahme erzielt ist, entscheidet der Staatsgerichtshof.

Bis zur Übernahme bleiben die bisherigen Rechte und Pflichten Bayerns und Württembergs in Kraft. Der Post- und Telegraphenverkehr mit den Nachbarstaaten des Auslandes wird jedoch ausschließlich vom Reiche geregelt.

Artikel 171.

Die Staatseisenbahnen, Wasserstraßen und Seezeichen gehen spätestens am 1. April 1921 auf das Reich über.

Soweit bis zum 1. Oktober 1920 noch keine Verständigung über die Bedingungen der Übernahme erzielt ist, entscheidet der Staatsgerichtshof.

Artikel 172.

Bis zum Inkrafttreten des Reichsgesetzes über den Staatsgerichtshof übt seine Befugnisse ein Senat von sieben Mitgliedern aus, woran der Reichstag vier und das Reichsgericht aus seiner Mitte drei wählt. Sein Verfahren regelt er selbst.

Artikel 173.

Bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes gemäß Artikel 138 bleiben die bisherigen auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften bestehen.

Artikel 174.

Bis zum Erlaß des im Artikel 146 Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Gesetz hat Gebiete des Reichs, in denen eine nach Bekannt-

nissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.

Artikel 175.

Die Bestimmung des Artikel 109 findet keine Anwendung auf Orden und Ehrenzeichen, die für Verdienste in den Kriegsjahren 1914—1919 verliehen worden sollen.

Artikel 176.

Alle öffentlichen Beamten und Angehörigen der Wehrmacht sind auf diese Verfassung zu vereidigen. Das Nähere wird durch Verordnung des Reichspräsidenten bestimmt.

Artikel 177.

Wo in den bestehenden Gesetzen die Eidesleistung unter Benützung einer religiösen Eidesform vorgesehen ist, kann die Eidesleistung rechtswirksam auch in der Weise erfolgen, daß der Schwörende unter Weglassung der religiösen Eidesform erklärt: „ich schwöre“. Im übrigen bleibt der in den Gesetzen vorgesehene Inhalt des Eides unberührt.

Artikel 178.

Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 16. April 1871 und das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar 1919 sind aufgehoben.

Die übrigen Gesetze und Verordnungen des Reichs bleiben in Kraft, soweit ihnen diese Verfassung nicht entgegensteht. Die Bestimmungen des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages werden durch die Verfassung nicht berührt.

Anordnungen der Behörden, die auf Grund bisheriger Gesetze in rechtsgültiger Weise getroffen waren, behalten ihre Gültigkeit bis zur Aufhebung im Wege anderweitiger Anordnung oder Gesetzgebung.

Artikel 179.

Soweit in Gesetzen oder Verordnungen auf Vorschriften und Einrichtungen verwiesen ist, die durch diese Verfassung aufgehoben sind, treten an ihre Stelle die entsprechenden Vorschriften und Einrichtungen dieser Verfassung. Insbesondere treten an die Stelle der National-

versammlung der Reichstag, an die Stelle des Staatsauschusses der Reichsrat, an die Stelle des auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt gewählten Reichspräsidenten der auf Grund dieser Verfassung gewählte Reichspräsident.

Die nach den bisherigen Vorschriften dem Staatsauschuß zustehende Befugnis zum Erlaß von Verordnungen geht auf die Reichsregierung über; sie bedarf zum Erlaß der Verordnungen der Zustimmung des Reichsrats nach Maßgabe dieser Verfassung.

Artikel 180.

Bis zum Zusammentritt des ersten Reichstags gilt die Nationalversammlung als Reichstag. Bis zum Amtsantritt des ersten Reichspräsidenten wird sein Amt von dem auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt gewählten Reichspräsidenten geführt.

Artikel 181.

Das deutsche Volk hat durch seine Nationalversammlung diese Verfassung beschlossen und verabschiedet. Sie tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Schwarzburg, den 11. August 1919.

Der Reichspräsident

Ebert.

Das Reichsministerium

Bauer

Erzberger, Hermann Müller, Dr. David, Noske, Schmidt, Schlieke, Giesberts, Dr. Mayer, Dr. Bell.

ns vollauf bewege
n sie durch einen
t schlagen.
die Kraft haben
der durchzugreifen
age. Es kann ja
daß sie bei einem
hieber stoßen wird
athisch sind.
daß die amerita-
ne, kann man sich
es Schiebergeschäft
ird dadurch auch
t werden müssen.

Abständige

am 1. Oktober
für Oberschlesien

ahme beweist, wie
es doch sehr er-
on ihm eine das
it ausginge. Aus
ue Provinz durch
n. Sie soll aus
ehrheitssozialisten
olen.

waltungsvorteile der
daß dadurch der
werdende Wunsch
nen unabhängigen
Eine uneinge-
lein Bundesstaat
in Finanzfragen,
nach ihrem Zwecke
sind alle Einzel-
a Reiche abhängig.
ein, die Oberschle-
ihre Selbständig-
satisfaktion sind
a nach dieser Rich-
hr zu befürchten
brauchen sie keine
ußischen Regierung
den Einfluß. Daß
Preußen recht un-
nischen Katholiken
en trennten, liegt
e Zahl der Katho-
Einfluß des Ren-

e Klagen in den
timmen. Man ist
se Auftreten der
stendten Truppen
die Notlage, in der
die Oberschlesier
ffen sie erkennen,
beim Anschluß

Stelle des Staaten-
des auf Grund des
gewählt. Dieser
Verfassung ge-

ften dem Staaten-
Erlaß von Verord-
ber; sie bedarf zum
ung des Reichstags

Reichstags gilt die
Bis zum Amts-
sein Amt von dem
ufige Reichsgewalt

ationalversammlung
bedet. Sie tritt mit
ft.

David, Roske,
s, Dr. Mayer,

an wozu man im letzteren wegen werden als beim
Verbleiben im deutschen Reiche. Die Polen können
die Versprechungen, die sie machen, gar nicht halten.
Die Zukunft Polens liegt überhaupt noch sehr im
Dunkeln. Und als selbständiger Staat wird Ober-
schlesien ständig ein Streitobjekt für die umliegenden
Staaten. Es ist für eine solche Staatsbildung viel
zu klein und zu abhängig von den angrenzenden
Staaten.
Hoffentlich gelingt es der Regierung, durch die
Autonomieerklärung die Stimmung in Oberschlesien
zu beruhigen und das Land zu verständigen Ent-
schießungen zu fähren.

Preuß. Landesversammlung.

50. Sitzung vom Donnerstag, 18. September 1919.
Zunächst beschließt das Haus, einen dem Abg. Rich-
terstein (U. Soz.) erteilten Ordnungsruuf, gegen den er Ein-
spruch erhoben hatte, für berechtigt zu erklären. (Der
Abg. Richterstein hatte dem Minister „Schiebung“ vor-
geworfen.)
Auf eine kleine Anfrage des Abg. Schmidt-Stettin
(D. Sp.) über das Verhalten des Oberpräsidenten von Pom-
mern zu den Spiellüben von Swinemünde erwidert der
Vertreter des Ministers des Innern: Der Ober-
präsident hat nicht ein Verbot der Spiellüben erlassen,
wohl aber das schärfste Vorgehen gegen die Klubs
empfohlen. Daraufhin haben die Polizeibehörden das Er-
forderliche veranlaßt.
Der Abg. Dr. Leidig (D. Sp.) beschwert sich über
die Verhinderung von Gesehen und fordert ein

Vorgehen gegen die schuldigen Minister wegen Verfas-
sungsbruches.
Ein Regierungsvertreter erklärt dazu, daß die
Verbindung der Gesehe grundsätzlich sofort nach Erledigung
der nötigen Formalitäten geschehe. Wenn sich in den
genannten Fällen die Verbindung verzögert habe, so liege
das an der Arbeitsüberhäufung der Ministerien. Die drei-
fach so viel zu bewältigen hätten als früher. Die Re-
gierung erkennt nicht an, daß hier ein Verfassungsbruch
vorliege und lehne ein Vorgehen gegen den betreffenden
Minister ab.
Es folgt die

Etatberatung.
Die zweite Beratung wird beim „Ministerium für
Volkswohlfahrt“ fortgesetzt. Abg. Hersbach (D. Sp.)
berührt einen Antrag, die Regierung möge dafür
sorgen, daß zur Herstellung von Brennstoffen für Klein-
wohnungen die Ziegeleien besser mit Kohlen beliefert
werden, und daß bei der Verteilung der Brennstoffe ge-
meinnützigen Bau- und Siedlungsgeossenschaften vor-
zugsweise berücksichtigt werden.
Abg. Wehl (U. S.) empfiehlt einen Antrag des
Ausschusses für Bevölkerungspolitik, der von der Re-
gierung ein Rahmengesetz für ein Wohlfahrtsamt ver-
langt.

Abg. Kaffowitz (Dnall. Sp.) fordert Maß-
nahmen gegen den Wohnungsmangel. Die Mietzei-
nungsämter haben viel Gutes geleistet, aber enttäuscht,
weil sie nicht positiv wirken. Es sollten mehr Ka-
sernen zu Wohnzwecken freigegeben werden.
Abg. Brandenburg (Soz.): Die Errichtung
des Wohlfahrtsministeriums war außerordentlich not-
wendig. Im Kriege ist die Statistik gestillt worden.
Die Unterrichtsverwaltung besteht weiter infolge der Teu-
rung. Das Schiebertum hat es fertig gebracht so gut
wie alle Maßnahmen der Regierung wirkungslos zu
machen. Nachts herrscht in einem Umfange wie noch
nie zuvor. Mit der Seuchenbekämpfung steht im en-
gen Zusammenhang die Wohnungsfrage. In Ber-
lin gibt es immer noch 600 000 Menschen, die zu fünf
und mehr in einem Zimmer hausen müssen. Gegen den
Luzus großer Wohnungen wird von vielen Magistrat-
en nicht energig genug vorgegangen. (Hört! hört!
links.) Es wird immer über den Mangel an Baumate-
rial geklagt, aber im Schleichhandel ist auch hier alles
zu haben. Für neue Kinos ist immer Material da, wa-
rum nicht für Wohnungen? In kleineren und mittleren
Städten gibt es immer noch rückständige Unternehmer,
die die Lehrlinge 10—12 Stunden beschäftigen. Die
Fürsorge für die Kinder muß schon bei den Schwange-
ren und Müttern beginnen. Wenn das alles auch viel
Geld kostet und wir arm sind, so gehört doch dieses al-
les zu dem Notwendigsten, das geleistet werden muß.

Abg. Frau Heßberger (Jtr.): Die Sorge gegen
Rot und Glend ist niemals dringender gewesen als
jetzt. Das ideale Jugendamt darf nur eine Zentral-
stelle sein, die Anregungen gibt.
Abg. Dr. Schloßmann (Dem.): Gerade weil wir
arm geworden sind, müssen wir in der Volkswohlf-
pflege das Doppelte leisten. Das Ministerium für
Volkswohlfahrt ist das geeignete Instrument, diese
Arbeit zu leisten. Es wird dabei auf die Mitar-
beit der Ärzte stark angewiesen sein. Die Tuberku-
lose erfüllt uns mit schwerer Sorge. Dringend not-
wendig ist eine Regelung des Galtelinderwesens.

Minister Stegerwald: Erst im September hat
das Wohlfahrtsministerium derartig organisiert wer-
den können, daß wenigstens zwei Abteilungen für
Wohnungsfürsorge und Wohnungspflege untergebracht
wurden. In einigen Wochen wird auch die Abteilung
für allgemeine Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge
soweit sein. Unsere Aufgabe ist überaus groß, das
gilt besonders vom Wohnungswesen. Hier hat das
Reich Mittel bereit gestellt und wir haben an das
Finanzministerium den Antrag gestellt zu gleichen Be-
reitstellungen. Es handelt sich um 90 Millionen.
Wenn das Reich seine Ankündigung nicht wahr macht
und in Kürze ein entsprechendes Reichsgesetz heraus-
bringt, werde ich der Landesversammlung eine No-
velle zugehen lassen, worin das Galtelinderwesen ge-
regelt wird. Die Frauen werden im Wohlfahrtsmini-
sterium zu selbständigen Referaten herangezogen wer-
den. Die Arbeit des Wohlfahrtsamtes ist groß und
es wird sich um eine Geduldsarbeit handeln. Sparen
ist nicht am Plage, denn es handelt sich um die
Volksgesundheit. Unser 40 Millionen-Boll muß wieder
auf die alte gesundheitliche Höhe gebracht werden.
Das Haus vertagt sich. Freitag 12 Uhr: Fort-
setzung.

Deutsches Reich.

— Die Gerichte, daß der Reichskommissar von Schlesien,
Höring, von seinem Amt zurücktreten wolle, werden
amtlich als unrichtig bezeichnet.
— Das Breslauer Generalkommando gibt ein deutsches
Streuluch heraus. Um darin ein richtiges Bild der
polnischen Grausamkeiten geben zu können, bittet das Ge-
neralkommando, ihm reichliches einwandfreies Material, auch
Photographien, zu übersenden.
— Auf Antrag des Reichs- und Staatskommissars Hö-
ring ist die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ auf die Dauer
von drei Wochen verboten worden. Grund dieser Maß-
regelung ist, wie verlautet, ein Artikel, in dem Hörings
Politik in Oberschlesien getadelt wird.

— Die schwache bayerische Regierung. In einem
scharf gehaltenen Leitartikel nimmt die Münchener-Augs-
burger Abendzeitung gegen die bayerische Regierung
Stellung und wirft ihr schwächliche Nachsicht gegen-
über der skandalösen Aufführung der po-
litischen Gefangenen vor. Das Blatt verzeich-
net das Gerücht, daß der Anarchist Toller sich in
München frei herumtreibe und Autofahrten vom Ge-
fängnis zum Zahnarzt mache. Das Blatt berichtet,
daß Damen bei ihren Besuchen bei Staatsgefange-
nen die Wachen aufzulockern trachteten, daß weiter
Matrosen als spartakistische Agitatoren im Lande her-
umkreisen und in der Provinz und in Dörfern und
Gefahren kommunizieren zu gründen suchten. Es
sei kein Wunder, daß der Spartakismus unter den
Forst- und Salinarbeitern um sich greife, wenn diese
sehen müßten, wie in gewissen bayerischen Bädern
und Sommerfrischen, wo die Regierung diesen Arbeit-
er-Arbeitsamt und Sparamt predige, ein ge-
razes Standalöser Luzus und üppiges Wohlleben der
Kriegsgewinnler sich entfalte. Der Artikel schließt:
Hat denn die bayerische Regierung keinen Sinn und
Verstand für ihre Aufgaben oder mangelt ihr Fä-
higkeit und Tatkraft dazu? Das Land ist nachgerade
milde, sich von der politischen Schwäche regieren zu
lassen, die nicht imstande ist, der Staatshoheit Acht-
ung und den Gesehen Folge zu verschaffen.

— Neue Angriffe der Polen. Am 9. September
morgens haben die Polen unter Bruch des Waffenstill-
standes den Bahnhof Lodzin an der Strecke Tirsch-
tegel-Birnbaum angegriffen. Wir hatten drei Tote
und fünf Verwundete. Wie aus den Bernehmungen

der Überlebenden deutet der von den Polen angegriffe-
nen Feldwache Bahnhof Lodzin hervorgeht, haben die
Polen den auf Posten stehenden Musketier Rothart
zunächst leicht verwundet. Als die Polen fluchtartig
zurückgehen mußten, haben sie diesen Verwundeten
mitgenommen und etwa 400 Meter östlich der Wälder
niedergeschlagen, ihn beraubt und aus allernächster
Entfernung durch einen Kopfschuß getötet.

— Die Ueberwachung des Briefverkehrs mit dem
Auslande. Im Zusammenhang mit der feinerzeitigen
Wacht, einen Umtausch des deutschen Papiergeldes
aus steuerlichen Gründen vorzunehmen, hatte der
Reichsfinanzminister angekündigt, daß er die Post-
und Telegraphen-Ueberwachung im Verkehr mit dem
Auslande zum 1. Oktober dieses Jahres aufheben
würde. Da nun der Umtauschplan infolge der von den
vernommenen Sachverständigen geltend gemachten Be-
denken aufgegeben worden ist, kann auch die Post-
und Telegraphenüberwachung nicht beseitigt werden;
sie bleibt vielmehr bis auf weiteres als Schutzmittel
gegen die Kapital- und Steuerflucht in vollem Um-
fange bestehen.

Rundschau im Auslande.

— Das Neuterische Bureau meldet aus Paris, daß Cal-
laux unter der Beschuldigung eines Anschlages gegen die
äußere Sicherheit des Staates und des Einvernehmens mit
den Feinden von einem Ausnahmegerichtshof abgeurteilt
werden wird.

— Das Neuterische Bureau meldet aus Peking, daß
der Kriegszustand zwischen China und Deutschland durch
Erlasse beendet erklärt wurde.

— Der englische Arbeiterführer Henderson sagte in einer
Londoner Versammlung unter großem Beifall, die For-
derung der Verstaatlichung der Hauptbahnen gehe Hand
in Hand mit der Forderung nach einer demokratischen Re-
gierung und einem wirklichen Anteil der Arbeiter an der Ver-
waltung der Industrie.

— Ein Erlaß des französischen Kriegsministers
bestimmt, daß die alte französische Uniform, namentlich
die rote Kose, endgültig abgeschafft und durch die jetzige
grau-blaue Felduniform ersetzt wird.

— Die blutige Unterdrückung der letzten Erhebung in
Aegypten durch die englischen Behörden hat zu einem
Aufstande des ägyptischen Volkes ohne Unterschied der
Klassen geführt.

— Italien: Die Entente-Kriegsschiffe schiffbereit vor Triume.
Nach einer Meldung des Mailänder Korrespondenz-
bureaus aus Bucoari haben nach einer Besprechung der
alliierten Kommandanten in Abbazia alle Kriegsschiffe der
Alliierten den Hafen von Triume verlassen und ihre Ge-
schütze auf die Stadt gerichtet. Man erwarte, daß den
Ausschüssen ein Ultimatum gestellt wird, Triume binnen
24 Stunden zu verlassen, andernfalls mit allen Mitteln
gegen die Weiterer eingeschritten werde.

Total-u. Provinzialnachrichten

Mielefeld, 20. September 1919.

— Berufsarbeiterinnen der Inneren Mission. In Ver-
bindung mit dem Kongreß für Innere Mission, der am
21. September beginnt, findet am Sonnabend, den
20. September, abends 8 Uhr im kleinen Saal des Hotel
Bereinshauses, Bahnhofstraße, eine Werberver-
sammlung des Verbandes der Berufsarbeit-
erinnen der Inneren Mission statt. Der von dem
verstorbenen Herrn Pastor Burdhardt gegründete, jetzt
von Herrn Pastor M. Braun-Berlin geleitete Verband
will dem Zusammenschluß aller Frauen, die auf irgend
einem Gebiet der J. M. beschäftigt sind, durch Versam-
lungen und Rundschreiben dienen. Seine ordentlichen
Mitglieder finden Unterstützung in Not- und Krankheits-
fällen und Preisermäßigung in Erholungshäusern. Es be-
steht der Wunsch, für die hiesige Gegend eine Ortsgruppe

ins Leben zu rufen. Alle Frauen, die soziale Arbeit im
Geist der Inneren Mission leisten, sowie alle Freunde der
Sache, werden herzlich zu dieser Versammlung eingeladen.

— Deutschnationales. Im Bezirk Arnberg finden
3. Jt. täglich stattfindende deutschnationale Ver-
sammlungen statt, in denen Abg. D. Mumm (Siegen) über
die Lage berichtet. In Hohenlimburg wurde ein-
stimmig beschlossen: „Die heutige Versammlung dankt
allen treuen Deutschen im besetzten Gebiet, die die Zuge-
hörigkeit zum deutschen Reiche und zum Stammstaat mut-
voll bekennen. Sie erwartet vom gesunden Sinn der Deut-
schen im besetzten Gebiet, daß sie je länger je mehr das
landesverräterische Treiben weniger Streber mit Ent-
rüstung von sich weisen. Wer einen Fühler deutsche Erde,
die uns verblieben ist, dem deutschen Vaterland entfremdet,
verdient nicht, den Namen eines Deutschen zu tragen.“

— Minden-Ravensberger gemeinnützige Rechtsaus-
kunftsstelle. In der nächsten Woche sind Sprechstunden
in Spenge bei Gastwirt Sundermann am Mittwoch von
3 bis 5 Uhr. In der Geschäftsstelle in Bielefeld an der
Bülowsstraße täglich von 9 bis 12 und 3 bis 6 Uhr.

— Pfarrer Michaelis hat sein Amt als Stadtver-
ordneter niedergelegt, da er demnächst seinen Wohnsitz nach
Bethel verlegt. Nach der Listenfolge rückt in das freige-
wordene Stadtverordneten-Mandat der Malermeister Wilh.
Lehmann, Kaiserstraße 62, ein.

— Der Cv. Lehrverein Bielefeld hatte am 17. d. M.
eine Zusammenkunft im Vereinshaus in der Bahnhofstraße.
Herr Rektor Culemann hielt einen Vortrag über
Jesajas 53. Die nachfolgende Aussprache gestaltete sich so
lebhaft, daß ein zweiter Vortrag, über die Hilfsschule,
verlagt werden mußte.

— Bielefelder Kriegspatenstiftung. Die Anregung zur
Unterstützung der Kriegspatenkasse ist erfreulicherweise auf
dankebaren Boden gefallen. Seit dem 1. Januar 1919
gingen bei der Stadt-Sparkasse Bielefeld, der Zahlstelle
für die Bielefelder Kriegspatenstiftung, 7000 Mark ein.
Weitere Gaben können in beliebiger Höhe durch direkte
Gutschrift auf das Konto der Kriegspatenstiftung bei der
Stadt-Sparkasse eingezahlt werden.

— Lebensmittelverkauf im Landkreise vom 22. bis
27. 9. 1919. 1. Nahrungsmittel! Gruppen werden ausge-
geben in allen Kolonialwarenhandlungen an alle Nahr-
mittelverorgungsberechtigten. Gegen Abgabe der Lebens-
mittelmarke Nr. 2 erhält jeder ¼ Pfund zu den bekannten
Höchstpreisen. — 2. Reis! Bei rechtzeitigem Eintreffen
kann Reis nur an die fettverorgungsberechtigten Bevölke-
rung der Gemeinden Bradweide, Gadderbaum, Gellershausen,
Schildeke, Bauerschaft Schildesche, Sudbrack, Sieker ver-
teilt werden. Jeder erhält dort, wo er eingetragen ist,
gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 8 100 Gramm
Reis zu 44 Pfg. für die Einheit. Die Kundenkarte ist
unbedingt vorzuzeigen und vom Verkäufer abzustempeln.
Die Marken sind aufgelegt am Dienstag, den 30. d. M.,
hier, Zimmer 15, abzuliefern. — 3. Sonderzuweisungen!
Sämtliche Kranke, Wöchnerinnen sowie die milchverfor-
gungsberechtigten Kinder von 1 bis 3 Jahren erhalten in
den bekannten Krankenverkaufsstellen gegen Abgabe der
vom 15. 9. bis 28. 9. gültigen Reismarke je Person ein
Paket Zwieback zu 0,44 M und ½ Pfund Sago zu 1,30 M.

— Neuveranlagung und Ermäßigung der Gemeinde-
steuern in Bielefeld. Der Stadtverordnetenversammlung
ist von Seiten des Christlichen Gewerkschaftsrates fol-
gender Antrag zugegangen: „Die Stadtverordneten-
versammlung wolle beschließen, daß eine bis zum 1. April
rückwirkende Neuveranlagung der Gemeinde-Ein-
kommen-Steuerung stattfindet, und daß dann die Ein-
kommen unter 1500 Mark von der Steuer überhaupt frei
bleiben, daß weiter eine Ermäßigung der Steuerfäße ein-
tritt für die Steuerstufen von 1500 bis 3900 Mark und
zwar um 90 bis 100 Prozent, so wie es das Gesetz vom
4. Juni zuläßt.“ In der Begründung wird dann weiter
gelegt, daß die genannten Einkommen nicht bezw. kaum
ausreichend seien, und daß darum gerade diejenigen, die
ein solch niedriges Einkommen hätten, sehr unter dem
Druck der Teuerungs- und schwierigen Wirtschaftsverhält-
nisse zu leiden hätten. Daß die im Kriege Reichgewordenen
und die mit großem Einkommen mehr leisteten, damit die
wirtschaftlich Schwachen entlastet würden, sei vom christ-
lich-sozialen Standpunkt aus angesehen billig. Der Antrag
wird von den Arbeitervertretern in der Deutschnatio-
nalen Volkspartei in der Stadtverordnetenver-
sammlung vertreten werden.

— Schildesche. (Goldene Hochzeit. Am Sonntag
feiern die Eheleute Hermann Kipp und Anna geb. Pepp-
müller, Theesen Nr. 65, das Fest der Goldenen Hochzeit.
Wäge dem alten Paar, das sich großer Rüstigkeit erfreut,
noch ein langer Lebensabend im Licht des Glaubens
und der Hoffnung beschieden sein.

— Schildesche. (Sonntag für Innere Mission.)
Im Hauptgottesdienst am Sonntag — der Frühgottesdienst
fällt aus — wird der Direktor der Reinleider Anstalten
am Harz, Pastor Steinwachs, die Predigt halten. Auch
wird er im Kindergottesdienst um ½ 2 Uhr den Kindern
und ihren Angehörigen aus seiner Anstalt erzählen.

— Deppendorf. (Volksbildung.) Hier hat sich
ein vorläufiger Ausschuß zur Vorbereitung von Volks-
bildungsvorträgen gebildet. Der Ausschuß, dem die Ge-
meindevorsteher und die beiden Hauptlehrer von Deppen-
dorf und Babenhäusen angehören, wird sich zunächst durch
Heranziehung geeigneter Persönlichkeiten erweitern und
sich dann darüber schlüssig werden, wann und mit welchen
Themen die Vorträge einsehen sollen.

Gef. den Späht verantwortlich: W. B. a. e., Bethel. — Druck und Verlag
Bücherei Bethel bei Bielefeld. Hermann 14, West Bielefeld.
Alle für die Redaktion bestimmten Aufsätze sind zu richten nach Bielefeld
Schillerstr. 161. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Wer-
bungen an die Geschäftsstelle Bielefelder Zeitung, Bethel-Bielefeld,
Vollstedtstraße 7882 Hannover.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9-1, nachm. 2-7 Uhr.



Die Uhr der Zukunft

Ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.

Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

Damen-Hüte zum Umpressen

(Fell, Velour, Felbel u. s. w.)
erbitte jetzt

Wilh. Rahtert, Putz, Oberstr. 14.

Der Deutsche Gotttempel - Orden (D. G. O.)

Leitet alle Schritte auf dem Wege zum christlichen Glauben, zur Erkenntnis der Wahrheit, zur Errettung der Seele. Jeder kann Mitglied werden. Gute Gelegenheit, sich zu betätigen. Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Der Evangelische Bund

für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens. ruft alle, die mit Ernst Christus sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor B. Jaeger in Bethel b. Bielefeld.

Der Eisenacher Bund

für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens. ruft alle, die mit Ernst Christus sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor B. Jaeger in Bethel b. Bielefeld.

Neue Bücher.

Johann Heinrich Vollenberg.

Ein christliches Lebens- und kirchliches Zeitbild aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, von Kirchenrat Dietr. August Rische, weil. Pastor zu Schwintendorf. Preis M. 8.—, geb. M. 10.—.

Ein Stadt Minden-Ravensberger Kirchengeschichte ist dieses lang erwartete Buch; eine Zeit läßt es aufleben voller Kämpfe und Siege! Ein Buch, wie geschaffen gerade für unsere Zeit. Es mahnt, nur die Götzen, die Entmenschten gewinnen die Krone.

Nationalität und Internationalität

der christlichen Mission.

Von Lic. theol. Heinrich Fried. Preis M. 4.—
Aus dem Inhalt: Begriff und Wertung der Nationalität. Die Stellung zur Nationalität in der Mission der ältesten Christenheit. — Mission und Nationalität. — Nationalität und Internationalität der evangel. Mission. (Das Missionsziel. Die Missionsmittel. Die Wahl des Gebietes. Das Missionsmotiv usw.) Nationalität und Internationalität der katholischen Mission. (Die internationale Organisation der katholischen Propaganda. — Der „nationale Einschlag“ im katholischen Missionsbetrieb. — Die Kulturarbeit der katholischen Mission.)

Ferner ist nach längerem Fehlen wieder zu haben:

Ludwig Ganghofer Gesammelte Schriften

Volksausgabe. — Erste Serie. — 5 Doppelbände gr. 8° in Halbleinen geb. M. 30.—.

In dieser billigen Volksausgabe soll die Heimatstadt Ganghofers zu den besten Schichten des Volkes reden. Die Sammlung, die 5 Doppelbände umfasst, bietet eine Auswahl der besten erzählenden Werke des Meisters. Was aus ihnen redet mit der Wärme und Kraft des deutschen Lebens, was verstandesvolles Echo in der deutschen Volksseele. Der Dichter zeigt uns schwere Zeiten und wilde Seelenkämpfe, aber seine heile, balsamische Natur führt uns wieder heraus in die befreiende Sonne, in die lachende Berge. Seine Werke sollten immer mehr noch Gemeingut des deutschen Volkes werden. Auf die vorstehenden Preise tritt ein Teuerungszuschlag von 10%.

Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel b. Bielefeld.

Das Evangelium den heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Aus Cuxhaven, dem Hauptrückkunftsort unserer nun wohl endlich heimkehrenden Kriegsgefangenen, ergeht an uns die dringende Bitte, für die nötigen christlichen Schriften zu sorgen, die an die Heimkehrenden besonders gerichtet sind und ihnen ihre hohen Aufgaben ans Herz legen.
Wir haben diese Aufgabe übernommen und richten nun an alle unsere Missionsfreunde die herzliche Bitte, uns mitzuhelfen sie zu erfüllen, sodaß wir in jedem Heimkehrenden diese Schriften in die Hand zu geben.
Wir müssen dahin bemüht sein, die heimkehrenden Volksgenossen unter christlichen Einfluß zu bringen und ihnen von vornherein die Richtlinien zum Wiederaufbau unseres Volkes ans Herz zu legen, noch ehe sie unter den Einfluß der Volksverführer geraten.
Freiwillige Gaben bitten wir gefl. an unser Postscheckkonto Nr. 9201, Hamburg 11, einzahlen zu wollen. Gott wird's lohnen und unser Vaterland wird es ihnen danken. Eile tut not.

Der Vorstand der Mitternachtsmission E. V.

Hamburg 5, Alexanderstr. 21/23.

Adolf Müller, Missionsleiter.

Pastor Prietsch, Vorsitzender.

Wer an

Schuppen und Haarausfall

leidet, gebraucht mit Erfolg die vom Publikum als wirksam anerkannten Mittel:

Ernst Weiß Haartinktur „Mein Erfolg“

Ernst Weiß rationelle Haarkur

Ernst Weiß Haarkraftöl.

Hildesheim, den 4. 9. 19.

Vor ungefähr drei Wochen ließ ich mir bei Ihnen den Kopf waschen und massieren. Sie oder Ihre Frau Gemahlin werden sich wohl meiner erinnern. Ich bin aus B. und z. Zt. in Hildesheim in Pension. Schon damals erwähnte ich, daß meine Pensionsfreundin auch sehr dünnes und kurzes Haar habe und auch an Haarausfall leidet. Sie versprochen mir, das Haarwasser für sie nachzusenden, falls sie es auch haben wollte.

Ich kaufte s. Zt. eine Tinktur und Weiß' Öl. Nun möchte ich Sie bitten, mir umgehend das gleiche für meine Pensionsfreundin zu senden. Ich habe mit Ihrer Pflege schon guten Erfolg gehabt.

Hochachtungsvoll

H. B., Pensionat B. in H.

Bitte um rationelle Haarkur.

Berlin, 10. 9. 19.

Dora K.

Bitte um eine Weiß' Haarkur.

Mühlheim, Duisburgerstr.

Elisabeth Sch.

Gardelegen, ... den

ein Weiß' Haarkur senden Frau B.
und so weiter laufen die Aufträge ein.

Hersteller und Versand:

Weiß Haarpflege

Viktoriastr. 10.

BIELEFELD.

Viktoriastr. 10.

W. Taubert
Bielefeld, Bielefelderstr. 4.
**Stahlwaren-
Spezialgeschäft**
Schleiferei u. Reparaturwerkstatt

Die Evangelisch-soziale Schule in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übernimmt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindeführer, Jugendpfleger, Missionsbegleiter oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Ihren u. Goldwaren

Tausende in reizender Verpackung
auswählt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer
Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie.

Hilf. Fremeyer, Herford, Radewigstraße 15,
Uhrmacher und Goldschmied.
Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.

Rel. Anzeigen.

13. Sonntag nach Trinitatis,
21. September 1919.

Kollekte für das Bräuerhaus
Marineum in Witten.

Altkath. Kirche. Vorm. 8
Uhr fällt aus. Vorm. 10 Uhr
Harrer D. Schward, Di-
rektor der Anstalt Heptata
in Treysa 11 1/2 Uhr Kinder-
gottesdienst. Montag, 22.

Septbr., abends 6 Uhr: Er-
öffnungsgottesdienst des
Kongresses für Innere Mis-
sion und Predigt des Dekan
Kemper-Winkler. Donner-
stag, 25. Septbr., abends

8 1/2 Uhr: Schlussgottesdienst
des Kongresses für J. M.
Predigt des Geheimrat D.
Wahling-Vorlin.

Reinhold-Kirche. Vormittags
8 Uhr fällt aus. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. Vorm.
11 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

Montag abends 8 Uhr Öffent-
liche Versammlung.

Reinhold-Kirche. Vorm.
10 Uhr Festgottesdienst zum
Kongress für J. Mission.

P. Hochhaus-Breslau. Vor-
mittags 11 1/2 Uhr Kinder-
gottesdienst. — Donnerstag
8 1/2 Uhr Vorbereitung zum
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
8 Uhr fällt aus. Vormittags
10 Uhr Festgottesdienst zum
Anlaß des Kongresses für
Innere Mission, Pastor Lie-
bertson aus Frankfurt am
Main. 11 1/2 Uhr Kinder-
gottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Reinhold-Kirche. Vormittags
10 Uhr P. Michaelis. (Innere
Mission.) Vorm. 11 1/2 Uhr
Kindergottesdienst.

Es liegt in Ihrem Interesse

bei Bedarf von

weiblichem Haus- oder
Küchenpersonal

im Aufwärts zu inserieren.